

Die mediale »Konstruktion« der Politik und die »Wende« von 1982/83

Von Andreas Wirsching

Darüber, dass die modernen Massenmedien die Kommunikationsformen der Politik, die Struktur der Willensbildungsprozesse und möglicherweise auch die politischen Inhalte selbst verändern, besteht weitgehende Einigkeit. Entsprechend ergiebig ist das Arbeitsfeld, das sich die politik- und kommunikationswissenschaftliche Forschung im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte erschlossen hat.¹ Die »Inszenierung« der Politik, ihre rechtlichen, technischen und ökonomischen Grundlagen, ihre symbolische und sprachliche Form, schließlich ihre Wirkungen auf die Rezipienten umreißen den gegenwärtig aktuellen Fragenkomplex.² Eingehend untersuchte Einzelaspekte betreffen darüber hinaus z.B. die Probleme des »Agenda-Setting« unter dem Einfluss der Medien,³ die »Amerikanisierung« von Wahlkämpfen,⁴ aber auch bestimmte politische Ereignisse wie die Rede Philipp Jenningers zum 9. November 1988 oder die umstrittene Nachfolge Hans-Dietrich Genschers im Amt des Außenministers 1992.⁵

1 Als Überblick mit weiterer Literatur siehe Jochen HOFFMANN/Ulrich SARCINELLI, *Politische Wirkungen der Medien*, in: Jürgen WILKE (Hg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln u.a. 1999, S. 720–748. Vorliegender-Beitrag beruht auf einem Vortrag, den der Autor am 18. Januar 2002 vor dem Krone-Ellwanger-Kreis in Eichholz bei Bonn gehalten hat. Die Vortragsform wurde im wesentlichen beibehalten und um einige Nachweise ergänzt.

2 Vgl. aus der Fülle der Literatur insbesondere: Andreas JANSEN/Rosaia RUBERTO, *Mediale Konstruktion politischer Realität. Politikvermittlung im Zeitalter der Fernsehdemokratie*, Wiesbaden 1997; Ulrich SARCINELLI (Hg.), *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*, Bonn 1998; Thomas MEYER/Rüdiger ONTRUP/Christian SCHICHA, *Die Inszenierung des Politischen. Zur Theatralität von Mediendiskursen*, Wiesbaden 2000; Peter SILLER/Gerhard PITZ (Hg.), *Politik als Inszenierung. Zur Ästhetik des Politischen im Medienzeitalter*, Baden-Baden 2000.

3 Frank BRETTSCHEIDER, *Agenda-Setting. Forschungsstand und politische Konsequenzen*, in: Michael JÄCKEL/Peter WINTERHOFF-SPURK (Hg.), *Politik und Medien. Analysen zur Entwicklung der politischen Kommunikation*, Berlin 1994, S. 211–229.

4 Barbara PFETSCH/Rüdiger SCHMITT-BECK, *Amerikanisierung von Wahlkämpfen? Kommunikationsstrategien und Massenmedien im politischen Mobilisierungsprozess*, in: EBD. S. 231–252.

5 Astrid LINN, »... noch heute ein Faszinosum ...« : *Philipp Jenninger zum 9. November 1938 und die Folgen*, Münster 1991; Otfried JARREN/Klaus-Dieter ALTMEPPE/Wolfgang SCHULZ, *Parteiintern – Medien und innerparteiliche Entscheidungsprozesse. Die Nachfolge Genschers und die Kür Engholms zum SPD-Kanzlerkandidaten*, in: Wolfgang DONSBACH u.a. (Hg.), *Beziehungsspiele – Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion. Fallstudien und Analysen*, Gütersloh 1993, S. 111–157.

Einigkeit besteht weiterhin darüber, dass in den 1980er Jahren entscheidende Weichen für die Medienentwicklung in Deutschland gestellt wurden. Die Einführung des »dualen« Rundfunksystems öffnete neben den fortbestehenden öffentlich-rechtlichen Sendern auch privaten Anbietern den Markt. Dies ermöglichte einerseits eine bis dahin nicht gekannte Programmviefalt, führte andererseits aber zur fortschreitenden Kommerzialisierung von Hörfunk und Fernsehen.⁶ Über die Folgen dieser Öffnung wird bis heute kontrovers diskutiert. So mangelt es nicht an grundsätzlich kritischen Stimmen, die – eher kulturpessimistisch – die »Desinformation« der Gesellschaft oder – ideologiekritisch – einen neuartigen reduktionistischen, kommerzialisierten und manipulativen Charakter der öffentlichen Kommunikation über Politik beklagen.⁷

Unabhängig von normativen Wertungen dürfte indes kaum ein Zweifel bestehen, dass sich der »theatralische« Charakter von Politik in den 1980er Jahren steigerte. Zumindest entsprach dies dem Eindruck, den eine Vielzahl von Beobachtern gewann. Der folgende Beitrag geht von der daraus resultierenden These aus, dass im Zeitalter verstärkt »inszenierter« Politik auch der diskursive Aufwand steigt, der notwendig ist, um für politisch-programmatische Ziele zu werben, sie mehrheitsfähig zu machen und sie schließlich in konkrete Gesetzgebung umzusetzen. Ob diesem nach außen gewendeten Aufwand dann ein adäquates sachliches Ergebnis entspricht, steht auf einem anderen Blatt und bedarf der jeweils konkreten empirischen Überprüfung. Im Hinblick auf die »Wende« von 1982/1983 sind diesbezüglich jedenfalls Zweifel angebracht. Einer gewaltigen Dramatisierung und »Theatralisierung« von »Wende«-Befürwortern wie -Gegnern folgte zwar eine gewisse politisch-sachliche Kurskorrektur. Über deren Größenordnung und Reichweite kann aber trefflich gestritten werden, und keinesfalls standen sie in einem vernünftigen Verhältnis zum zuvor betriebenen diskursiven Aufwand. Im folgenden wird zunächst diese Auffassung eingehend begründet. Dabei geht es zunächst um die Frage, welche Konzeption hinter dem Begriff der »Wende« lag und in welcher Weise er das öffentliche Reden über Politik strukturierte – das öffentliche Reden, von dem politisches Handeln in der Demokratie ja entscheidend abhängt. Ein zweiter Gedankengang stellt einige allgemeinere Überlegungen an und fragt, ob und inwieweit sich die Politik der achtziger Jahre von früheren Zeiten unterschied und welche Konsequenzen das für unser heutiges Bild politischen Handelns haben könnte.

6 Siehe Rüdiger STEINMETZ, *Initiativen und Durchsetzung privat-kommerziellen Rundfunks*, in: J. WILKE (Hg.), *Mediengeschichte*, S. 167–191, hier S. 179ff.

7 Karl STEINBUCH, *Die desinformierte Gesellschaft. Für eine zweite Aufklärung*, Herford 1989, S. 237ff.; Holger SPÄTH, *Meinung und Partizipation. Über Entmündigung und Meinungsmanipulation in kulturindustriellen Kommunikationsformen. Kritik und Handlungsperspektiven*, Stuttgart 2000.

Die »Konstruktion« der »Wende«

Die Regierung Kohl/Genscher hatte die »Wende« zum gewissermaßen exklusiven Markenzeichen ihres Neuanfangs erhoben. Bis Mitte, teils sogar bis zum Ende der achtziger Jahre fand daher ein Heer von Journalisten und Kommentatoren in der Analyse der »Wende« einen intellektuellen Lieblingssport. Dabei war es leicht, auf Defizite hinzuweisen. Denn tatsächlich hatte ja die Rede von der »Wende« oder gar der »geistig-moralischen Wende« einen so hohen Anspruch erhoben, dass sie zum wohlfeilen Bezugspunkt des politischen Diskurses werden *musste*. Der öffentlich festgestellte Stand der »Wende« bestimmte also bis Mitte, Ende der achtziger Jahre stets auch über die Verteilung von Deutungsmacht in der politisch-kulturellen Auseinandersetzung.

In ihren Ursprüngen ging das Konzept der »Wende« bis in die Mitte der siebziger Jahre zurück, als die oppositionelle Union nach neuen Orientierungen und Konzepten suchte, um wieder mehrheitsfähig zu werden. Die Strategen der Union erkannten damals, dass die Rückkehr zur Macht nur über den Gewinn der Meinungsführerschaft und damit auch über die schlagkräftige Besetzung politischer Schlüsselbegriffe führen würde. »Indem die SPD positiv besetzte politische Begriffe (Freiheit, Friede, Reform, Solidarität, Mitbestimmung, Mündigkeit, Emanzipation) für sich beschlagnahmt«, so analysierte 1975 der damalige Generalsekretär der CDU, Kurt Biedenkopf, die Situation, »lässt sie den politischen Gegner nicht nur als bar jeder Konzeption erscheinen, sie macht ihn im wahrsten Sinne des Wortes sprachlos, d.h. er ist nicht mehr in der Lage, ohne ständige Übernahme auch der geistigen Konzeption des politischen Gegners sich auszudrücken und wird so als mögliche politische Alternative gar nicht mehr wahrgenommen. Zu Frieden und Freiheit, zu Solidarität und Mitbestimmung gibt es nämlich keine mehrheitsfähige Alternative.«⁸

Seit Mitte der siebziger Jahre aber gelang es der Union, unter dem Oberbegriff der geforderten »Wende« eine Krisendiagnose zu stellen, die im Kontext der sogenannten »Tendenzwende« im Kampf um die politische Meinungsführerschaft bestehen konnte. Vordergründig betrachtet, errichtete das Wendekonzept eine starke Kampfstellung gegen die sozial-liberale Koalition. Denn deren rechts- und innenpolitische Reformgesetzgebung wurde als der Quell all jener Krisensymptome gedeutet, die eben eine grundlegende »Wende« erforderten: Die auf Emanzipation zielende sozial-liberale Politik hatte demzufolge entscheidend dazu beigetragen, gewachsene Bindungen aufzulösen, Autorität zu zerstören und die Familie zu diskriminieren. Der ausufernde Sozial- und »Betreuungsstaat« tendierte dazu, den Leistungswillen des Einzelnen zu

8 Zit. nach Hans USKE, *Die Sprache der Wende*, Bonn 1986, S. 14f.

lähmen, und die Abkehr von der Geschichte zog Orientierungslosigkeit und Identitätsverlust nach sich.

Keinesfalls aber erschöpfte sich das Konzept der Wende in Regierungskritik und Kulturpessimismus. Denn auf die umfassende Krise, die es in Politik und Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft diagnostizierte, suchte es durch die Modernisierung überkommener, konservativer Positionen neue Antworten zu geben. Der strategische Kern des Konzepts bestand daher in dem Bestreben, einen neuen, auf »Modernität« verpflichteten Fortschrittsoptimismus hervorzu- bringen unter gleichzeitiger Rückbesinnung auf traditionelle Lebensweisen und wertkonservative Inhalte. Im einzelnen hieß das: den technischen Fortschritt zu akzeptieren und als Chance zu begreifen, zugleich aber an einem christlichen Menschenbild festzuhalten; an die Eigeninitiative des Einzelnen zu appellieren und zugleich gesellschaftliche Solidarität neu zu definieren; den Kräften des Marktes, der Eigeninitiative und des Wettbewerbs wieder stärkere Geltung zu verschaffen und zugleich die Familie zu fördern; die Geschichte als Stifterin kollektiver Identität in Anspruch zu nehmen und zugleich die spezifisch deutsche Verantwortung vor der Geschichte nicht zu leugnen; schließlich an der Offenheit der deutschen Frage festzuhalten, zugleich aber die Resultate der neuen Ostpolitik anzuerkennen. Indem also das Konzept der »geistig-moralischen Wende« in eigentümlicher Weise konservative, liberale und fortschrittsorientierte Elemente miteinander verknüpfte, stellte es ein gewissermaßen »progressiv«-konservatives Gesellschaftskonzept zur Krisenbewältigung dar. Und als solches erwies es sich als effizientes Instrument zur Erringung diskursiver Meinungsführerschaft und zur demokratischen Eroberung der Macht.

Natürlich fällt es im Rückblick leicht, die unaufhebbaren Widersprüche des Wendekonzepts zu diagnostizieren. Allein der Begriff »progressiv«-konservatives Gesellschaftskonzept weist ja bereits auf den Grundwiderspruch hin. Aber sein langanhaltender, in Helmut Kohl personifizierter Erfolg erklärte sich eben dadurch, dass es ganz unterschiedliche Bedürfnisse bediente. In ihm konnten sich zumindest kurzfristig diejenigen wiedererkennen, die die »Kulturrevolution« der sechziger und siebziger Jahre verdamnten und auf ein umfassendes gesellschaftspolitisches »roll back« hofften; jene, für die die nationale Frage von Bedeutung war, mochten glauben, der Regierungswechsel eröffne die Aussicht auf eine kräftigere Deutschlandpolitik und womöglich auf eine Überwindung des deutschlandpolitischen Status quo. Die Familien konnten sich von der sie hofierenden Sprache der Wende umhegt fühlen und mochten dies positiv mit dem langen familienpolitischen Stillstand unter der sozialliberalen Koalition kontrastieren. Und wie das Ergebnis der Bundestagswahl vom 6. März 1983 unterstrich, zog das Wendekonzept auch große Teile der jungen Generation an, die nach vorn blickten und von der Zukunft ihre Lebenschance erwarteten. So unterschiedliche Bedürfnisse die »Wende« also be-

diente, so vielfältige Funktionen erfüllte sie auch. In ihrer Rhetorik versöhnte sie die wertkonservativen Schichten zumindest vorübergehend mit der unaufhaltsamen Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft und bereitete sie damit auf den nächsten Modernisierungsschub vor. Der Wirtschaft versprach sie die Entfesselung der Marktkräfte und den Rückzug des (Sozial-) Staates auf seine Kernaufgaben. Den technokratischen, aufstiegsorientierten Eliten flößte sie neuen Optimismus ein und gab ihnen neue Ziele vor. Und den verbreiteten Zukunftsängsten begegnete sie mit der Rede von Subsidiarität und Solidarität, kleinen Räumen und einer Gesellschaft mit »menschlichem Gesicht«.⁹

Mit solchen Wendungen suchte die Regierung Kohl/Genscher die Deutungshoheit über den politisch-kulturellen Prozess zu bewahren. Unter den oppositionellen Kräften verknüpfte sich die »Wende« freilich mit düsteren Befürchtungen vor einer gesellschaftspolitischen Reaktion auf breiter Front, einer Verschärfung der gesellschaftlichen Gegensätze und einer autoritären Kulturpolitik. Was sich tatsächlich als »Wende« vollzog – oder nicht vollzog – wurde somit zu einer eminent wertbehafteten Grundsatzfrage der politischen Auseinandersetzung. Jenseits der eher nüchternen Alltagspragmatik wurden die unterschiedlichen Wendemuster gleichsam diskursiv »konstruiert« und je nach Opportunität als rhetorische Waffe im politischen Meinungskampf eingesetzt. So suchten Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die ihr nahestehenden Medien und Intellektuellen, aber auch weiteste Teile des linksalternativen Spektrums ein öffentliches Bild von der »Wende« durchzusetzen, das den Regierungswechsel in extremer Weise dramatisierte und darüber hinaus als bloße soziale und kulturelle Reaktion perhorreszierte. Die »Wende« war aus dieser Sicht ein Schritt in die »Ellbogengesellschaft«¹⁰ oder bestenfalls ein »Strohfeuer von drei Monaten«, gefolgt von einer »Rolle rückwärts in die fünfziger Jahre«¹¹. »Verteidigt die Republik«, so lautete z.B. das Motto einer Großveranstaltung, die Anfang Februar 1983 in Essen zahlreiche prominente Intellektuelle, Künstler, Schriftsteller, Gewerkschafter und Politiker aus dem In- und Ausland versammelte, unter ihnen Heinrich Böll, Lew Kopelew und Pavel Kohout. »Wieder einmal hat uns die Vergangenheit eingeholt«, so gab der Veranstalter, der Heidelberger Grafiker und Karikaturist Klaus Staeck, den Ton an. »Der Klassenkampf von oben ist in vollem Gange. Die Wende rückwärts in die 50er Jahre ist schon schlimm genug. Wer aber gibt uns die Garantie, dass es dabei bleibt und nicht noch weiter zurück-

⁹ Regierungserklärung Kohls vor dem Deutschen Bundestag am 13.10.1982, in: Helmut KOHL, *Reden 1982–1984*, Bonn 1984, S. 35.

¹⁰ So das Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, in: *Handelsblatt* v.19.10.1982.

¹¹ *Der Spiegel* v. 18.10.1982, S. 17, 19.

geht?«¹² Und der SPD-Politiker und frühere Erste Bürgermeister von Hamburg, Hans-Ulrich Klose, sekundierte: »Die geistig-politische Wende des Kanzlers Kohl entpuppt sich nach wenigen Monaten als drastischer Schwenk in eine steile Rechtskurve. Wir sind auf dem Wege in eine andere, eine christdemokratische Republik: einen Klassenstaat, der – wie gehabt – Klassenkampf von oben nach unten betreibt, der Güter und Freiheiten von unten nach oben umverteilt.«¹³

Mit erheblichem diskursiven Aufwand suchten ungezählte Redner, Autoren und Künstler dieses Bild der Wende als bloße Reaktion oder gar als spezifische Form der kulturpolitischen Gegenrevolution im öffentlichen Raum durchzusetzen. Und in dem Maße, wie der »Wende« eine eigenständige politische Substanz bestritten wurde, geriet ihre Sprache als primäres Angriffsobjekt ins Visier. Die »Sprache der Wende« wurde zu einem beliebten Studienobjekt; mit ihrem ausladenden Appell an Familie und Gemeinschaft, Mitmenschlichkeit und Solidarität erschien sie nicht wenigen als ideologische Camouflage einer interessengeleiteten Umverteilungspolitik: »Da die Politik der Wende soziale Lasten auf die Bürger abwälzt, muss Kanzler Kohl die ›Familie‹ geistig-moralisch runderneuern. Den niedrigen ›materiellen‹ Geldinstinkten wird der Kampf angesagt. Wenn die Tochter keine Lehrstelle hat, Omas Rente nicht mehr reicht und der Vater arbeitslos wird – dann brauchen die Familienmitglieder tatsächlich ›Mitmenschlichkeit‹, ›Partnerschaft‹ und ›Solidarität‹, um nicht durchzudrehen. Auferzwungene Tugenden, zu denen wir mit Kanzler Kohl ›Ja‹ sagen sollen: ›Wer Ja sagt zur Familie, der sagt Ja zu seinem Leben, der glaubt an die Zukunft, der sagt Ja zur Mitmenschlichkeit, zur Partnerschaft und Solidarität.‹ Ganz viele ›Jas‹ verbergen hier das ›Nein‹ zur staatlichen sozialen Absicherung. Geld gibt es nicht, dafür aber spendiert uns Kohl ganz viel Wertschätzung.«¹⁴

Den Bonner Machtwechsel begleitete also ein tosender Schwall der Worte, durch den die »Wende«, je nach politischem Standpunkt, gefordert, gefürchtet und bekämpft wurde. Aber wurde sie auch politisch exekutiert? Entsprach der diskursiven Aufregung eine Substanz der politischen Entscheidungen? Schon nicht wenige zeitgenössische Kommentatoren hegten ihre diesbezüglichen Zweifel. »Kohl« so kommentierte die Zürcher »Weltwoche« unmittelbar nach dem konstruktiven Misstrauensvotum, »ist letztlich ein konservativer Pragmatiker, der zwar große Worte liebt (›Ich werbe für die geistige Wende‹), sie aber durch seine bisherige Tätigkeit relativiert.«¹⁵ Zwar forderte Strauß auf

12 Klaus STAECK (Hg.), *Verteidigt die Republik*, Göttingen 1983, S. 25.

13 EBD. S. 67.

14 H. USKE (wie Anm. 8), S. 200. Ähnlich Uwe WESEL, *Die Sprache der Wende*, in: *Die Zeit* v. 3.6.1988.

15 Peter HARTMEIER, *Kohls schwierige erste hundert Tage*, in: *Die Weltwoche* v. 6.10.1982.

dem Bundesparteitag der CDU, am 26. Mai 1983, die »Wende« dürfe nicht auf die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik beschränkt bleiben, vielmehr sei auch die »geistig-moralische Wende in Gesellschaft und Staat erforderlich«; und dabei verwies er auf den § 218 und das Ehescheidungsrecht.¹⁶ Aber diejenigen, die sich von der Wende einen entsprechend tiefgreifenden gesellschaftlichen »Wertewandel«¹⁷ erhofften, sahen sich alsbald getäuscht. Und der Blick auf einige Indikatoren ließ erkennen, warum eigentlich weder hüben noch drüben zu übermäßiger Aufregung Grund bestand. Anders als es manche Rhetorik wollte, trieben die sozialpolitischen Sparbeschlüsse niemanden in die Verarmung. Die Gesamtsumme des Etats für 1983 stieg um 2,9 %, die Neuverschuldung auf 41 Mrd. DM im Vergleich zu 40 Mrd. im Vorjahr; und Gerhard Stoltenberg glaubte in seiner ersten Bewertung des Haushalts den Umstand hervorheben zu müssen, dass dessen Investitionsquote gegenüber dem Entwurf der alten Regierung von 13 % auf 13,1 % gestiegen sei!¹⁸

Sehr schnell wurde also deutlich, dass sich die neue Regierung bei ihrem Amtsantritt in einem unauflösbaren Dilemma befand zwischen der akuten Haushalts- und Wirtschaftskrise einerseits und ihrem eigenen, medial inszenierten »Wende«-Profil andererseits. Das Ergebnis konnte nur widersprüchlich sein: So musste die Koalition auch dort relativ tief in konsumtive Ausgaben hineinschneiden, wo sie gerne mehr ausgegeben hätte: im Bereich der Familienpolitik, wo im Jahre 1983 1,3 Mrd. DM eingespart wurden. Umgekehrt stießen sich die wirtschaftsliberalen Forderungen aus Union und F.D.P. an der Macht der sozialen Tatsachen, die der ökonomische Strukturwandel bewirkte. Das betraf insbesondere die Krisenbranchen Stahl, Kohle und den Schiffsbau, aber auch die Landwirtschaft. Die neue Regierung stellte rasch fest, »dass es in der Opposition bedeutend leichter ist, über die Kürzung von Subventionen zu reden, als die dann de facto ... durchzuführen.«¹⁹ Das gleiche galt für die Arbeitslosigkeit. Intern konzedierte man sehr bald, dass es hiergegen keine einfachen Rezepte gab und dass sich der Arbeitsmarkt weitgehend unabhängig vom politischen Willen entwickelte: »Die Situation ist doch dadurch gekennzeichnet«, so resümierte etwa der CSU-Bundestagsabgeordnete Falthäuser im September 1983, »dass wir ... ein Niveau der Arbeitslosigkeit haben, das wir nur schwer mit unseren Instrumenten herunterbringen. Und wir wissen alle – Wissenschaftler, Gewerkschafter, Arbeitgeber, auch wir – nicht so recht, wie wir das machen sollen. Wir sind also doch etwas ratlos.«²⁰

16 Zit. n. Archiv der Gegenwart, 25.5.1983.

17 FAZ v. 8.3.1983 (»Die Wende«).

18 Süddeutsche Zeitung v. 29.10.1982.

19 So der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Voss, in der Fraktionssitzung der CDU/CSU am 28.10.1982, S. 3, Archiv für christlich-demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP), VIII-001-1070/1 und 1068/2.

20 ACDP VIII-001-1071/1, Fraktionssitzung am 6.9.1983, S. 45.

Es war daher nicht überraschend, dass die neue Regierung, in der ja Teile der alten fortbestanden, sehr schnell von der Mühseligkeit der alltäglichen Politik eingeholt wurde. Anfangs ließen sich nur einige wenige, zudem mühsam ausgehandelte wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Kurskorrekturen durchsetzen. Ansonsten glich die »neue Ära« einem »Aufbruch ins Unverbindliche«.²¹ Vergeblich forderten Politiker der Union dazu auf, den »Verkauf« der eigenen Politik zu verbessern und den Sachverhalt bewusst dramatisch darzustellen und zu »emotionalisieren«. Beklagt wurde in diesem Zusammenhang, dass man immer in der »Defensive« sei, »als ob wir uns immer entschuldigen müssten«. Demgegenüber gelte es die richtige Wortwahl zu finden, »den Leuten das klarzumachen, den Leuten draußen zu vermitteln über die Mattscheibe, dass wir es schaffen, weil wir eine geschlossene Truppe sind.« Insbesondere Bundesfinanzminister Stoltenberg wurde – »wo wir ja jetzt die Dreckarbeit leisten müssen« – zu mehr »Emotionalisierung« und dazu aufgefordert, auch vor dem Bildschirm die Sachverhalte »etwas demagogisch« darzustellen.²²

Auch in die »Hochstimmung« des 6. März 1983 hielt rasch wieder die »ernüchternde Realität des ökonomischen Alltags« Einzug.²³ Die komplexen und mit mannigfachen Sachzwängen behafteten politischen Materien blieben bestehen. Sie harrten der Bearbeitung, während die »geistig-moralische« Rhetorik, die den Regierungswechsel begleitet hatte, rasch entbehrlich wurde. Am 11. Oktober 1983, rund ein Jahr nach dem Regierungswechsel, platzte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm der Kragen: »Ich bin es wirklich leid, diese Party-Gespräche, mit dem Sektglas in der Hand zu sagen: Wo bleibt denn die Wende? Was habt ihr denn eigentlich getan? Ich bin es wirklich satt! Wenn einer gemeint hat: Wende wäre so, wie man die Heugabel dreht, dann hat er sich allerdings in uns getäuscht, muss ich sagen. Solide muss das Ganze sein. Und dieses ständige Miesmachen: Das hebt nicht nur nicht die Stimmung in der Wirtschaft, es nimmt uns auch den Schwung.«²⁴

Aber auch die Anhänger einer wirklichen »geistig-moralischen Wende«, jene im engeren Sinne wertkonservativen Stimmen, die auf die gründliche Korrektur der »Fehlentwicklungen« der siebziger Jahre hofften, sahen sich bald in ihren Erwartungen getäuscht. Gerade in dieser Hinsicht trug die neue Regierung lange an der Hypothek, die ihr die eigene Wenderhetorik aufgebürdet hatte: »Dieser Begriff«, so kommentierte die »Süddeutsche Zeitung« maliziös, »wurde von den Unionsleuten philosophisch so hoch befrachtet, dass sie

21 Gunter HOFMANN, *Gemischte Gefühle, wohin man blickt*, in: *Die Zeit* v. 7.1.1983.

22 ACDP VIII-001-1068/2, Fraktionssitzung v. 12.10.1982, S. 41–50 (u.a. Jagoda, Link, Stoltenberg).

23 Jürgen JESKE, *Ungeduld mit der Wende*, in: *FAZ* v. 26.7.1983.

24 ACDP VIII-001-1071/1, Fraktionssitzung v. 11. Oktober 1983, S. 38.

nun Mühe haben, den weltanschaulichen Ballast wieder abzutragen. Nicht allein von einer Richtungsänderung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sprachen sie ja (dazu hatten sie ein plausibles Mandat!), sondern von einer ›Wende‹ im geistig-moralischen Leben. ... Die wirtschafts- und sozialpolitische Kursänderung war gewiss notwendig, doch die weltanschauliche Überhöhung der ›Wende‹ missriet ins Lächerliche – und dies zur Verwirrung derer, die daran buchstäblich *glaubten*. Nun stehen sie da und reiben sich die Augen.«²⁵

Tatsächlich erkannten jene, die den mangelnden geistig-moralischen Gehalt der »Wende« empfanden, einen Hauptgrund hierfür in der Koalition der Union mit der F.D.P. Im besonderen betraf dies die Innen-, Rechts- und Gesellschaftspolitik. »Hier gibt es keine Wende«, konstatierte die FAZ im Herbst 1984, »und noch nicht einmal Bewegung.«²⁶ Das gesamte Tableau sozialliberaler Reformpolitik der siebziger Jahre, so lautete die Klage, sei so gut wie unangetastet geblieben. Aus dieser Perspektive gingen die als Verfallserscheinung gewerteten gesellschaftlichen »Emanzipations«-Bewegungen und »Individualisierungs«-Prozesse der jüngsten Vergangenheit ungebremst und zum Schaden der Bundesrepublik weiter. Unter anderem betraf dies »bis zur Unkenntlichkeit entschärfte Strafnormen gegen Gewalt bei Demonstrationen, ein bis auf einen fast komisch wirkenden Rest abgebautes Sexualstrafrecht; die weitgehende Gestattung des Verkaufs von Pornographie; die Überantwortung der Wehrpflicht ins Belieben des Einzelnen; eine nicht sachgerechte Ordnung der Entscheidungsprozesse an der Universität; ein ungerechtes Scheidungsfolgenrecht. ... Das hatten sich viele Bürger anders vorgestellt. Sie hatten erwartet, die neue, von der Union geführte Regierung werde mit Elan darangehen, wenigstens einige Resultate einer Rechtspolitik zu beseitigen, die den politischen und moralischen Positionen der Union zum größten Teil grundsätzlich widersprochen hatte und von deren führenden Politikern jahrelang angegriffen worden war.«²⁷

War also die »Wende« nur eine rhetorische Figur, eine Konstruktion für die Öffentlichkeit ohne politische Substanz? Eine diskursive Waffe bestenfalls, geschmiedet für den Parteienkampf und für die Auseinandersetzung um kulturelle Hegemonie? Obwohl vieles für eine solche Auffassung spricht, so würde sie doch zu kurz greifen; zumindest wirft dies die Frage nach dem allgemeineren historischen Kontext auf, in den die damalige Rhetorik der »Wende« einzuordnen ist.

25 Hans HEIGERT, *Am Ende der Wende*, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 28.7.1983.

26 Johann Georg REISSMÜLLER, *Wo alles beim Alten bleibt*, in: *FAZ* v. 6.9.1984.

27 Ebd.

Die »Medialisierung« der Politik

Zunächst entsprach (und entspricht) es den besonderen institutionellen Bedingungen der Bundesrepublik, dass politische Entscheidungen nur in kleinen, meist unspektakulären Schritten erfolgen konnten (und können). Die Handlungsspielräume der Politiker waren (und sind) begrenzt; umfassendere »Wende«-Konzepte bzw. -Maßnahmen hätten sich rasch an den machtpolitischen Gegebenheiten der föderalen Verfassung und den Veto-Positionen der Verbände und Interessengruppen gestoßen. Die Logik der Bonner Politik folgte nicht dem »Westminster«-Modell, in dem die Souveränität des Parlaments und die Macht der Zentralregierung den Ausschlag geben.²⁸

Dies erklärt zum einen, dass in der Bundesrepublik der achtziger Jahre »typischerweise weniger, später und langsamer ›gewendet‹ [wurde] als in den anderen großen westlichen Industriestaaten«.²⁹ Zum anderen verweist dieser Befund aber auch auf die Tatsache, dass selbst geringfügige Kurskorrekturen eines erheblichen diskursiven Aufwandes bedurften, um in der Öffentlichkeit ausreichend legitimiert und in praktische Politik umgesetzt werden zu können. Die pluralistische Verfasstheit der modernen Massendemokratie und ihre mediale Inszenierung verlangten (und verlangen) nach einer stetigen öffentlichen und die öffentliche Zustimmung erheischenden Präsentation der Absichten wie der konkreten Projekte von Regierung und Opposition. Zwischen der öffentlichen Präsentation von Politik einerseits und dem Gehalt, aber auch den Zwängen konkreter Sachpolitik andererseits tat sich mithin eine Kluft auf. Die Geschichte der »Wende« von 1982/83 ist mithin ein gutes Beispiel für die Doppelstruktur demokratischer Politik im modernen Medienzeitalter: Auf der einen Seite erfolgte in der Öffentlichkeit die »Konstruktion« und mediale Vermittlung der Politik der »Wende«; das Handeln von Parteien und Politikern wurde dabei in einem Maße als voluntaristisch und als von der Intention der Akteure abhängig dargestellt, das zu den realen Möglichkeiten politischer Gestaltung in keinem vernünftigen Verhältnis stand. Denn die auf der anderen Seite durchzuführende Sachpolitik stieß stets und unerbittlich auf die engen Grenzen des Machbaren, des Finanzierbaren und des politisch Durchsetzbaren.

Nun wohnte eine solche Ambivalenz, eine Doppelstruktur, massenpartizipatorischen Politikformen schon immer inne; wurde sie aber durch die Dominanz der modernen elektronischen Medien nicht in entscheidender Weise qua-

28 Vgl. Martin GREIFFENHAGEN/Sylvia GREIFFENHAGEN, *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland*, Neuauf. München u. Leipzig 1993, S. 239f.; Josef SCHMID, *Der Machtwechsel und die Strategie des konservativen Bündnisses*, in: Werner SÜSS (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren. Innenpolitik, Politische Kultur, Außenpolitik*, Opladen 1991, S. 19–34, hier S. 29ff.

29 Douglas WEBBER, *Das Reformpaket: Anspruch und Wirklichkeit der christlich-liberalen »Wende«*, in: W. SÜSS (wie Anm. 28), S. 152–170, hier S. 166.

litativ verstärkt? Politische Beobachter jedenfalls empfanden es Mitte der achtziger Jahre als zumindest teilweise neues und zugleich beunruhigendes Phänomen, in welcher unverhüllter, ja »aufreizender« Weise die Spitzenpolitiker aller Parteien sich selbst in den Medien darzustellen suchten: »wie sehr die Frage des ›Erscheinungsbildes‹, des ›Images‹ selbst zum innenpolitischen Thema wird. In unserem Medienzeitalter tritt die Wirksamkeit von Öffentlichkeitsarbeit, von ›Public Relations‹ mindestens gleichrangig neben andere Instrumente öffentlicher Erfolgskontrolle.«³⁰ Und viele sangen das Klagelied über die Entleerung, die formelhafte Erstarrung und damit die Austauschbarkeit öffentlich inszenierter Politik sowie über die Rückwirkungen, die dies auf Rekrutierung und Verhalten des politischen Personals hatte. Man stellte eine Tendenz zur »Hysterisierung« fest; allzuoft würden die politisch tiefergehenden und eigentlich entscheidenden Fragen von der »Hektik des politischen Betriebs, seiner Produktion von Worten und Widerworten« verdrängt.³¹ Und die Öffentlichkeit beschleiche »zunehmend der Eindruck, dass Wortschwall und Eitelkeit der Medien-Selbstdarstellung die politische Kultur kaum bereichern, sondern ständig aushöhlen. Das trifft zum einen gerade die, die sich in der elektronisch vermittelten Öffentlichkeit herausgehoben fühlen. Nicht nur die immer strapaziöseren Tagesgeschäfte, mindestens ebenso die pausenlosen Auftritte in den Medien verschleifen die Politiker, die darüber ihre Sprache verlieren. Die gestanzten, floskelhaften, abgepackten Statements in Fernsehzeiten sind längst zur zweiten Sprache der Politik geworden. Positionen und Personen werden in dieser Praxis immer austauschbarer, der Wunsch nach den großen politischen Persönlichkeiten scheint auch so immer illusionärer. Die Folgen sind mittlerweile absehbar: das sich gegenseitig möglichst übertönende Interview- und Erklärungsgetöse trägt Aggressionen in eine Gesellschaft, die den ruhigen, sachlichen Dialog braucht. Eine idealistisch besehene selbstbewusste, konsequente und kontinuierliche Politik reagiert unter dem Beschuss der pausenlos veröffentlichten Meinung und Selbstdarstellung immer kurzfristiger, lässt sich sogar nötigen.«³²

Solcher Logik entsprach es, wenn auch für die Regierung Kohl und ihre Repräsentanten die Frage, wie sie die eigene Position in der Öffentlichkeit »verkauften«, phasenweise zum eigentlichen Inhalt der Politik wurde. Dass der Kanzler selbst zu den Medien ein gespaltenes Verhältnis hatte und »kein wirksamer Darsteller seiner Politik« war, leugneten auch diejenigen nicht, die ihm nahestanden. Andererseits gehörten »Schauspielerei, Sprachartistik ... nun einmal zum Kanzlergeschäft.«³³ Ob er es wollte oder nicht: Der Kanz-

30 Jens WENDLAND, *Die Selbstdarsteller*, in: FAZ v. 20.12.1984.

31 Helmut HERLES, »Was der Bonner Politik fehlt«, in: FAZ v. 7.1.1984.

32 J. WENDLAND (wie Anm. 30).

33 Johann Georg REISSMÜLLER, *Von unmetallischer Härte*, in: FAZ v. 18.6.1986.

ler selbst war ein entscheidendes »Medium« der Politik, in dem sich politische Aussage und politische Kritik bündelten. Kohl selbst war sich dieser medialen Rolle seiner Person bewusst. Das »Wesen des Fernseh-Zeitalters« sei es, »dass Politik sich heutzutage mehr als in früheren Zeiten ... personalisiert. Und ... es [ist] ganz klar, dass die Spitzen-Figuren und der Spitzen-Mann ... eine ganz besondere Rolle spielen. Und jede Demontage des Spitzenmannes hat natürlich Auswirkungen auf das Gesamte der Politik, die dargestellt wird.«³⁴ Insofern wirkte der schwere Stand, den Kohl zumindest in den ersten Jahren seiner Kanzlerschaft bei einem Großteil der Medien hatte, auf den Gesamtzustand der Koalition zurück. Hinzu kamen die regelmäßigen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition, die allzu häufig in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Zusammen ergab dies ein Erscheinungsbild, mit dem auch die Mitglieder des Regierungslagers notorisch unzufrieden waren. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU etwa diskutierte häufig die Frage, wie die Politik der Regierung »verkauft«, wie sie »draußen« vertreten werden könne und in welche »Semantik« sie für diesen Zweck gekleidet werden müsse.³⁵

Solche vielfach diagnostizierte »Medialisierung«, »Visualisierung« und inhaltliche Reduzierung der Politik bildeten während der achtziger Jahre einen zunehmend wichtigen Gegenstand der politik- und kommunikationswissenschaftlichen Analyse. Auch Politikwissenschaftler erhoben die Klage, das Fernsehen müsse komplexe Inhalte und Vorgänge extrem verkürzen und personalisieren. Der Zwang zur Visualisierung begünstige die »im Sinne des Wortes im Rampenlicht Stehenden – bei Empfängen, Reisen, Konferenzen, mit glamourösem Ambiente, Händeschütteln«, nicht aber die »politischen ›Arbeiter‹ in den Hinterzimmern des Parlaments und anderen Koordinationszentren.« Das mache Politik scheinbar oberflächlich und kurzatmig – und zwar ganz im Gegensatz zur komplexen Wirklichkeit, die immerzu mehr Sachverstand, Detailkenntnis, Rationalität und Entscheidungskompetenz abverlangt. Der Widerspruch drohe auf die Politik selbst zurückzuschlagen, sie zum ›Theater‹ zu machen, zur bloßen Kunst der Darstellung, des ›Verkaufs‹.³⁶

Tatsächlich war (und ist) es verführerisch, den häufig trüben Zustand der alltäglichen Politik am Idealzustand »vernünftiger« Sachpolitik und eines »rationalen Diskurses« zu messen und infolgedessen zu verwerfen. Die »Fernsehdemokratie« erschiene dann als eine weitere Etappe im »Strukturwandel« oder

34 ACDP VIII-001-1074/1, Fraktionssitzung v. 11.6.1985, S. 17f.

35 Siehe z.B. ACDP VIII-001-1068/2, 1070/2, 1070/1, 1071/1 und 1072/1; Fraktionssitzungen v. 12. u. 28.10.1982; 20.1.1983, S. 2; 23.3.1983; 6. u. 27.9.1983 und 25.5.1984.

36 Hans HEIGERT, *Wer in der Demokratie den Ton angibt*, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 22./23.10.1988; vgl. Heinrich OBERREUTER, *Mediatisierte Politik und politischer Wertewandel*, in: Frank E. BÖCKELMANN (Hg.), *Medienmacht und Politik. Mediatisierte Politik und politischer Wertewandel*, Berlin 1989, S. 31–41.

auch im Verfall »bürgerlicher Öffentlichkeit«. ³⁷ Ohne Schwierigkeiten lässt sich daher die vielfach erhobene Klage über die »mediatisierte Politik« in die Kategorien der Parlamentarismuskritik von Carl Schmitt bis zu Jürgen Habermas einordnen. Die Politik der ursprünglich im Parlament deliberierenden Versammlung und des in der Öffentlichkeit vernünftig rasonierenden Publikums wären im Fernsehzeitalter endgültig zur permanenten Show degeneriert.

Aber es ist fruchtlos und historisch inadäquat, als Quelle politischen Übels »die Medien« verantwortlich zu machen. Angemessener dürfte es sein, die beschriebenen Phänomene – deren politische Wirkung unstrittig ist – innerhalb eines Modells zu begreifen, das die doppelte Struktur demokratischer Politik ohnehin als gegeben annimmt. Demokratie und Meinungsfreiheit hängen historisch ursächlich miteinander zusammen und lassen sich nicht trennen. Insofern war und ist das Reden über Politik, aber auch die Verkürzung und »Theatralisierung« politischer Inhalte, dem demokratischen Prozess wohl unvermeidlich inhärent. Ein vor dem Publikum inszenierter, gleichsam agonaler Zug demokratischer Politik ist die Folge. Und eine Vielzahl von historischen Forschungen legt die Vermutung nahe, dass dieser »konstruktivistische« Charakter von Politik mit der Entstehung der Öffentlichkeit seit dem 17. Jahrhundert wesenhaft verknüpft ist und seitdem fort dauert. ³⁸ Insofern wären auch die neuen Erscheinungen der »Fernsehdemokratie« und der »Mediatisierung« der Politik, wie sie in der Bundesrepublik der achtziger (und neunziger) Jahre diskutiert wurden (und werden), in einen weiteren historischen Zusammenhang zu stellen. Und die Geschichte der »Wende« von 1982/83 wäre hieraus nur ein kleiner Ausschnitt.

³⁷ Vgl. Jürgen HABERMAS, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Darmstadt 1962, S. 211ff.

³⁸ Vgl. zum historischen »Modellfall«, auf den sich auch Habermas bezog, Andreas WIRSCHING, *Parlament und Volkes Stimme. Unterhaus und Öffentlichkeit im England des frühen 19. Jahrhunderts*, Göttingen 1990, S. 343ff.